Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die **24.** Sitzung des **Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.09.2017
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	19:23 Uhr
Ort, Raum:	im Ratssaal, Am Markt 1,

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender
Bürgermeister Axel Clauß

Fraktion der CDU

Herr Peter Nössler

Frau Juliane Schering

Herr Thomas Seydler

Herr Henry Stricker

Herr Wolfgang Tylsch

bis 19:18 Uhr, Top 12

Fraktion der SPD

Frau Anke-Regina Fröb

Vertretung für Herrn André Saage

Fraktion DIE LINKE/Bündnis 90.Die Grünen

Herr Klaus Peter Krause

Herr Siegfried Nocke

Fraktion der FWG/BB

Herr Wolfgang Lewerenz

Verwaltung

Frau Roswitha Dänzer

Frau Jeanette Engel

Frau Eva Haseloff

Herr Michael Sonntag

FB-Leiterin Allgemeine Verwaltung

FB-Leiterin Bildung, Kultur und Soziales

FB-Leiterin Finanzen

FB-Leiter Stadtentwicklung, Bau und
Umwelt

Herr Michael Stephan

Herr Wilfried Pollex

FB-Leiter Ordnung und Sicherheit

SGL EDV

Es fehlte:

Fraktion der SPD

Herr André Saage

Gäste: Frau I. Gräwert - BI „Saustall Düben“

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

Protokoll:

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung**
 Der Bürgermeister begrüßte alle anwesenden Hauptausschussmitglieder und Gäste und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend machte er auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam.
 Der Bürgermeister teilte mit, dass der Top 13, die BV COS-BV-352/2017 – Sanierungsgebiet „Altstadt Coswig“, von der Tagesordnungen genommen wird. Diese Beschlussvorlage wurde im Bauausschuss zurückgestellt, um noch offene Fragen in einer Vor-Ort-Begehung zu klären.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	10	0	0

2. **Hinweis auf den § 33 KVG LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**
 Der Bürgermeister verwies auf die Verfahrensweise zum Mitwirkungsverbot gem. § 33 KVG LSA zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung.
3. **Bestätigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Hauptausschusses vom 21.08.2017**
 Ohne Änderungen wurde die Niederschrift bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	8	0	2

4. **Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse der nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses gemäß § 52 (2) KVG LSA**
 Der Bürgermeister gab die Abstimmungsergebnisse der nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 21.08.2017 bekannt.
5. **Einwohnerfragestunde (Zeitlimit 30 min.)**
 Frau Irena Gräwert, Triftweg 34 in Coswig (Anhalt,) wies darauf hin, dass auf der Internetseite der Stadt Coswig (Anhalt) immer noch Frau Berlin zu sehen ist und wollte wissen, ob dies noch geändert wird.
 Der Bürgermeister antwortete, dass sich die Begrüßungsseite auf der Internetseite der Stadt Coswig (Anhalt) demnächst ändern wird. Er begründete dies damit, dass er bisher noch nicht die Zeit gefunden hat ein neues Grußwort zu schreiben, aber bereits mehrfach darauf angesprochen wurde.

Frau Irena Gräwert:

„Laut eines UIG Antrages, bezüglich der Umsetzung des Magdeburger Kastenstandsurteils haben Anfragen ergeben, dass bei andauernder Nichteinhaltung des § 24 (4) TierSchNutzV, seitens der Behörden Zwangsgelder angedroht werden. Deshalb erfolgen in mehreren betroffenen Schweinehaltungsbetrieben im Landkreis derzeit Umbaumaßnahmen bzw. sind diese Arbeiten in Planung.

Frage: Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, ob der Vorhabenträger der „Schweinehaltung Düben“ plant, seine Ställe umzubauen bzw. zu vergrößern oder hat er bereits angefangen zu bauen?“ Hiermit ist nicht die Erweiterung gemeint, sondern die bestehende Anlage.

Herr Sonntag antwortete, dass die Stadt vom Landkreis, der die Überwachungsbehörde für die Schweinehaltung Düben ist, nicht informiert wird über irgendwelche Auflagen oder Begehungen o. ä. Die Stadt wurde vom Landkreis bisher nur einmal darüber in Kenntnis gesetzt, wann welche Kontrollen durchgeführt wurden (gleiches Schreiben erging an Frau Gräwert). Wenn Frau Gräwert darüber weitere Informationen wünscht, muss sie sich direkt an den Landkreis wenden.

Frau Irena Gräwert:

„Nachfragen zur Antwort aus der letzten Hauptausschusssitzung vom 21.08.2017

1. In der letzten Hauptausschusssitzung fragte ich, inwieweit die Erkenntnisse der damaligen Exkursion in die jetzt abgegebene Stellungnahme eingegangen ist.

Sie teilten mir mit, dass die Erkenntnisse den Stadträten, im Rahmen ihrer Entscheidung über die Einleitung des beantragten vorhabenbezogenen B-Planes, dienen.

Frage: Wo steht im vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 29 etwas zu dieser Luftreinigungsanlage und was steht darüber in dem B-Plan?“

Herr Sonntag antwortete, dass die Antworten im B-Plan nachzulesen sind.

Woraufhin Frau Gräwert entgegnete, dass nichts davon im B-Plan steht.

Herr Sonntag antwortete, dass im B-Plan die Immissionswerte festgelegt sind und dies geht nur mit der Luftreinigungsanlage. Im Gutachten ist dies natürlich auch mit berücksichtigt. Es sind Grenzwerte festgelegt und die sind nur Einhaltbar mit dieser Luftwäschanlage.

Frau Gräwert bat um Mitteilung, auf welcher Seite dies nachzulesen ist.

Der Bürgermeister sagte ihr eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Irena Gräwert:

2. „Sie antworteten mir, dass die Erkenntnisse weder 1 : 1 in den vorhabenbezogenen B-Plan und in die Begründung, noch in die Stellungnahme zum BImSch-Antrag eingingen.

Wenn die Erkenntnisse nicht 1 : 1 eingingen, zu wie viel Prozent gingen sie dann in die genannten Schriftstücke ein?“

Der Bürgermeister sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Nachdem es keine weiteren Anfragen gab, schloss der Bürgermeister diesen Tagesordnungspunkt.

6. **Ergänzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Haushalt 2017** **Vorlage: COS-BV-299/2017/1**

Stadtrat Krause fragte nach, ob das Haushaltskonsolidierungskonzept, obwohl es Ergänzung heißt unverändert bleibt.

Frau Haseloff antwortete, dass das was im Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushalt 2017 steht zum Nachtragshaushalt 2017 unverändert bleibt. Sie bat darum, ihr gute Ideen für die Haushaltskonsolidierung zum Haushalt 2018 mitzuteilen.

Nachdem es keine weiteren Anfragen, Wortmeldungen und Diskussionen gab, wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	9	0	1

7. **1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017**

Vorlage: COS-BV-300/2017/1

Ohne Anfragen, Wortmeldungen und Diskussionen wurde die Beschlussvorlage einstimmig zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	10	0	0

8. **Satzung zur Erhebung von Umlagen für die Unterhaltung öffentlicher Gewässer 1. und 2. Ordnung in der Stadt Coswig (Anhalt) und deren Ortschaften - Umlagesatzung 2016**

Vorlage: COS-BV-341/2017

Stadtrat Lewerenz fragte zur Kalkulation und hier speziell zu den Erschwernisbeiträgen.

Frau Haseloff antwortete, dass dies etwas kompliziert ist. Hier sind die Informationen der Unterhaltungsverbände über die Beiträge eingearbeitet. Des weiteren spielt der Flächenanteil mit rein für nicht Grundsteuer-A-pflichtige Flächen, welche aus einem Programm gezogen werden. Ebenfalls mit einbezogen werden die Erschwernisbeitragssätze für die nicht der Grundsteuer A unterliegenden Flächen (Quotient aus Erschwernisanteil und Flächenanteil nicht A-pflichtig). Es ist eine Berechnung aus dem Bescheid der Unterhaltungsverbände und der A-steuerpflichtigen Flächen.

Stadtrat Lewerenz hinterfragte, was unter Erschwernisbeitrag zu verstehen ist. Stadtrat Nössler antwortete, dass es sich hierbei um versiegelte Flächen innerhalb der Ortschaften handelt.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Lewerenz, was versiegelte Flächen sind, erläuterte Stadtrat Nössler, dass es nach dem Unterhaltungsrecht eine A- und eine B-Steuer gibt. Bei der A-Steuerfläche versickert das Wasser und bei der B-Steuer ist eine Versiegelung vorhanden. Der wahrscheinlich unterschiedliche Betrag kommt hier zusammen, da beim Unterhaltungsverband Elbaue Fläming (Stadtgebiet Coswig) weniger B-Grundsteuerpflichtige Flächen vorhanden sind. Es hängt auch damit zusammen, wie die Gesamtbilanz des jeweiligen Verbandsgebietes und der Flächen zueinander stehen. Die Stadt Coswig (Anhalt) ist nur ein Bruchteil dieses Verbandes, es gehören noch andere Kommunen mit dazu. Die Stadt bekommt die Kosten nur durchgereicht und muss diese vom Prinzip her nur umlegen.

Nachdem es keine weiteren Anfragen gab, wurde die Beschlussvorlage einstimmig zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	10	0	0

9. Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Coswig (Anhalt) und ihrer Ortschaften für das Haushaltsjahr 2018

Vorlage: COS-BV-355/2017

Der Bürgermeister teilte mit, dass er die Gelegenheit nutzen möchte, eine Erklärung und damit die Position der Verwaltung und des Bürgermeisters zu dieser Thematik darzulegen.

(Diese Erklärung befindet sich als Anlage 1 an dieser Niederschrift.)

Stadtrat Krause wollte wissen, in welchem Zeitraum vorgesehen ist diese so genannten Geschenke aufzuarbeiten? Das wären doch dann schon Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

Der Bürgermeister antwortete, dass es noch keinen Zeitraum gibt, da die Erarbeitung der Friedhofsgebührensatzung oder der Straßenreinigungssatzung einige Zeit in Anspruch nimmt. Außerdem müssen bestehende Verträge überprüft werden, um zu sehen, wo weiter eingespart werden kann. Perspektivisch denkt er, dass man in den nächsten zwei Jahren bereit sein wird, eine Benutzungssatzung für öffentliche Einrichtungen zu erstellen. Jetzt einen festen Termin zu sagen, wäre illusorisch.

Stadtrat Tylsch, in seiner Funktion als Vorsitzender des Finanzausschusses, merkte an, dass die Erhöhung der Steuerhebesätze kein Thema ist, was den Stadträten leicht fällt. Der Finanzausschuss positioniert sich in dem Sinne wie vom Bürgermeister dargelegten, zu dieser Thematik und bittet den Stadtrat, aus Sicht des Finanzausschusses, dieser Erhöhung der Hebesätze in dieser moderaten Form zuzustimmen. Es ist kein Hebesatz, der Festgeschrieben bleiben muss, er kann jeder Zeit wieder gesenkt werden, wenn es der Stadt besser geht.

Zur Aussage des Bürgermeisters, dass Steuern keine Gegenleistung für den Bürger sind, würde er ein Fragezeichen setzen wollen. Der Bürger leistet sich eine Verwaltung, um die Grundlage des öffentlichen Zusammenlebens zu gestalten und dafür ist die Steuer da. Es ist schon eine Gegenleistung da.

Der Bürgermeister antwortete, dass formal juristisch Steuern tatsächlich keine Gegenleistungen gegenüber stehen, was sie so besonders macht gegenüber Gebühren und Beiträgen. Hier sollte man so ehrlich sein und betonen, Steuern dienen als das letzte Mittel und deshalb die Dramatik, es ist das Letzte das wir haben.

Es stimmt schon, von den Steuern wird die Verwaltung bezahlt und alles Mögliche.

Stadtrat Tylsch merkte an, dass dies formell richtig ist, aber Steuern haben den Hintergrund dass wir uns organisieren können.

Ohne weitere Anfragen, Wortmeldungen und Diskussionen wurde die Beschlussvorlage mehrheitlich zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	9	1	0

10. Inventarisierung von beweglichen Anlagegütern - Erstinventur zur Eröffnungsbilanz

Vorlage: COS-BV-367/2017

Ohne Anfragen und Wortmeldungen wurde die Beschlussvorlage einstimmig zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	10	0	0

11. Beitritt der Stadt Coswig (Anhalt) zur Kommunalen IT-UNION e.G. (KITU)

Vorlage: COS-BV-343/2017

Stadtrat Tylsch bat um einige Erläuterungen bezüglich der Hardware und Software, was passiert wirklich, wie sieht es praktisch aus, rechnet es sich wirklich?

Herr Pollex informierte, dass es derzeit 10 weitere Kommunen gibt, die diesen Beitritt zur KITU beschließen wollen, so dass in Sachsen-Anhalt dann über 50 Kommunen der KITU angehören. Enorme Vorteile werden bei der Beschaffung der Hardware gesehen sowie bei anderen Dienstleistungen, wie z. B. bei der Umsetzung der EU-Datenschutzordnung, um die rechtliche Grundlage im Hause zu schaffen, die allein nicht mehr zu bewältigen sind. Die KITU bietet hierzu Unterstützung zu einem moderaten Preis an, gibt Ratschläge, was man wie umsetzen kann. Als ein Beispiel erläuterte er die bevorstehende Erweiterung der Serverumgebung, als Mitglied der KITU erhält man diesen Server um die Hälfte günstiger. Auch die anstehenden Vorhaben, wie die IT in den Schulen, das Dokumentenmanagementsystem u. a., werden diese Effekte in der Art haben. Die KITU hat einen Stab von Angestellten, die uns dabei unterstützen werden, zu einem moderaten Preis. Die Stadt ist nicht gebunden an die KITU, sie kann auch andere Produkte erwerben.

Des Weiteren führt die KITU europaweite Ausschreibungen durch, wobei Einspareffekte durch Mengenrabatte bei der Beschaffung von Hard- und Software sowie bei den damit verbundenen Schulungs-, Wartungs- und Unterstützungsdienstleistungen Vorteile für die Stadt sind.

Stadtrat Nössler wollte wissen, ob vergaberechtlich keine Probleme zu sehen sind und die Stadt sich dann hauptsächlich bei der KITU bedienen kann.

Herr Pollex antwortete, dass durch das In-House-Geschäft vergaberechtlich alles abgeprüft wurde und verwies auf einen Bericht des Innenministeriums.

Stadtrat Tylsch fragte, ob bei der Anschaffung von spezieller Hardware Wartezeiten entstehen, da dafür ein Pool gebildet werden muss, um bestimmte Mengen zu erreichen, oder kann man gleich darauf zugreifen.

Herr Pollex antwortete, dass es einen Pool mit Gerätschaften gibt, die gekauft werden können. In unserem Fall war es jedoch so, dass die Gerätschaft nicht in dem Pool stand. Da die KITU aber bei diesem Händler einkauft, konnten sie für das Gerät, was die Stadt Coswig (Anhalt) haben wollte, einen extra Preis be-

kommen. Das Gerät wurde aber von uns noch nicht bestellt, da die Stadt derzeit noch kein Mitglied ist.

Nachdem es keine weiteren Anfragen gab, wurde die Beschlussvorlage einstimmig zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	10	0	10	0	0

12. Städtebaulicher Denkmalschutz - Maßnahmenplan Haushaltsjahr 2017 hier: 1. Änderung

Vorlage: COS-BV-292/2017/1

Stadtrat Stricker bittet um eine Erläuterung der Änderung im Punkt 12 – Verkehrsuntersuchung im Bereich östliche Altstadt.

Herr Sonntag erklärte, dass durch die Bundesstraße, die durch die Stadt verläuft, alle verkehrsorganisatorischen Veränderungen nur in Zusammenarbeit mit dem LSBB und der Straßenverkehrsbehörde stehen. Dabei wurde in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, dass sie sich nicht von irgendwelchen städtebaulichen oder anderen gestalterischen Maßnahmen überzeugen lassen, sondern immer Verkehrsuntersuchungen fordern.

Ein Ziel der Stadt ist, wie im ISEK beschlossen, das Thema Kreisverkehr am Flieth, den auch das LSBB im Rahmen der Anhörung zu unserer Planung angezweifelt und abgelehnt hat. Es ist erst einmal im Konzept geblieben, jedoch mit dem Hinweis, dass es ohne irgendwelche Untersetzungen und Untersuchungen nicht geht. Diese Verkehrsuntersuchung soll jetzt dazu dienen. Des weiteren kommt noch hinzu, dass die Neue Straße in Kürze gebaut werden soll und als Planungsgrundlage, wie die Neue Straße auszugestalten ist und wie die Verkehrsführung dann sein soll, dient diese Verkehrsuntersuchung. Dazu benötigt man ein richtiges Verkehrsplanungsbüro.

Es geht hierbei nur nicht nur um eine reine Verkehrsmaßnahme, sondern es geht um das Thema Innenstadtentwicklung, Verbesserung der Lebensqualität, um Verbesserungen die im Erhaltungsgebiet liegen.

Stadtrat Stricker sieht ein, dass dies gemacht werden muss und auch benötigt wird. Er ist aber über die Eingrenzung „östliche Altstadt“ gestolpert, womit es sich nur um ein ganz kleines Gebiet von der Kirche bis zum Flieth handeln dürfte, wofür ihm die Summe zu hoch erscheint.

Herr Sonntag antwortete, dass diese Verkehrsuntersuchung nicht auf bestimmte Straßen festgelegt ist, weshalb er die Bezeichnung „östliche Altstadt“ genommen hat. Wenn der Planer dann feststellt, dass es sinnvoll wäre anderes mit zu untersuchen, wird dies natürlich gemacht. Im westlichen Teil mit Lange Straße und Domstraße gibt es kaum Handlungsbedarf und Spielraum, aber im östlichen Bereich von der Friederikenstraße bis zum Flieth gibt es den schon.

Stadtrat Stricker sieht die Notwendigkeit, aber die eingestellte Summe erscheint ihm dennoch für diesen kleinen Bereich zu hoch. Grundsätzlich ist er dafür, aber die rein räumliche Bestimmung ist für ihn nicht greifbar.

Herr Sonntag erläuterte, dass es bereits aus 2011 und 2012 Voruntersuchungen und Überlegungen zum Ring gibt. Es sind Daten und Vorschläge da, die teilweise umgesetzt wurden und darauf wird aufgebaut. Jetzt wird sich nicht nur auf die Bundesstraße konzentriert, sondern auf die Fläche und die anderen Straßen auch, auf die Erschließungsmöglichkeiten und deshalb der Begriff „östlich“. Das bedeutet keine stricte Abgrenzung.

Stadtrat Stricker ist schon der Meinung, dass diese Position im Maßnahmenplan enthalten bleibt, für ihn war nur diese räumliche Begrenzung nicht ganz greifbar. Wenn es dann soweit ist, sollte sich der Bauausschuss dazu verständigen, wo man anfängt. Und wenn die Möglichkeit besteht, in der Stadtmitte etwas verkehrsrechtlich zu tun, sollte man auf diese Verkehrsuntersuchung zurückgreifen können und nicht noch einmal mit einem neuen Gutachten anfangen.

Stadtrat Nössler fragte zur Maßnahme Domstraße nach, wo eine wahre Kostenexplosion erfolgt ist, weshalb mit den Stadtwerken und dem Abwasserverband vorab keine Absprache erfolgt ist. Der Eigenkostenanteil ist um 21 T€ gestiegen, was nicht ganz unerheblich ist. Er sieht auch nicht, wie in der Beschlussbegründung geschrieben, dass durch die Versorgungsträger eine Rückerstattung kommt. Er kann auch nicht verstehen, dass es dafür Fördermittel gibt, da es sich hier um ganz andere Töpfe handelt, wenn es um Abwasser- und Trinkwasser geht und ob diese getauscht werden oder nicht getauscht werden. Beahlt der städtebauliche Denkmalschutz dann auch diese restlichen 80 T€?

Herr Sonntag antwortete, dass es in der Domstraße derzeit keinen Regenwasserkanal, sondern nur einen Schmutzwasserkanal gibt, welcher vom Abwasserverband betreut wird und dieser hat festgestellt, dass der Schmutzwasserkanal keinen Erneuerungsbedarf hat. Es wird dort aber unbedingt ein Regenwasserkanal benötigt. Momentan ist noch nicht abschließend geklärt, wer die Kosten für diese Regenwasserleitung trägt. Die Kosten sollen zwischen Stadt und Abwasserverband (AV) geteilt werden, wobei es derzeit unterschiedliche Ansichten gibt. Der AV vertritt die Meinung es funktioniert auch ohne und die Kosten soll die Stadt tragen, dies muss erst noch geklärt werden. Zum Trinkwasser ist die Erläuterung in der Beschlussbegründung enthalten. Ein Austausch der Trinkwasserhauptleitung ist laut Aussage der Stadtwerke nicht notwendig, es müssen nur die Anschlüsse im Rahmen des Bleileitungsprogramms getauscht werden. Aber durch den Einbau des neuen Regenwasserkanals gibt es das Problem, dass die jetzige TW-Leitung so dicht liegt, dass sie verdrängt werden würde, deshalb muss sie zwingend umverlegt werden.

Stadtrat Nössler kritisierte, dass in der Bauausschusssitzung am 31.07.2017, als die Maßnahme Domstraße auf der Tagesordnung stand, kein Ton gesagt wurde. Es ist schon sehr entscheidungsrelevant, da von über 100 T€ mehr gesprochen wird.

Stadtrat Tytsch merkte an, dass er zu dieser Thematik Rücksprache mit dem Betriebsleiter der Stadtwerke geführt hat, da er in der Beschlussbegründung über den Satz „Ggf. kommt es später zu einer Erstattung durch die Versorgungsträger.“ gestolpert ist. Das würde bedeuten, die Mehrkosten werden über die Stadtwerke und den AV erstattet. Wozu es seiner Meinung nach bestimmt nicht kommen wird.

Stadtrat Nössler bemängelte, dass dieser Satz überhaupt nicht in die Beschlussbegründung gehört. Auch wird wieder die Allgemeinheit die Kosten tragen müssen, da die Versorgungsträger diese mit Gewissheit nicht übernehmen werden. Wenn man die jetzige Höhe der Kosten bei der derzeitigen Haushaltslage vorab gewusst hätte, wäre die Maßnahme verschoben worden. Er hinterfragte, wo die Differenz der Fördermittel herkommt.

Herr Sonntag antwortete, dass es sich hierbei um Städtebaufördermittel handelt, die umsortiert worden sind. Es gibt Maßnahmen, die wegfallen, deshalb auch die 1. Änderung zum Maßnahmenplan.

(19:18 Uhr, Stadtrat Seydler verlässt die Sitzung.)

Herr Sonntag erläuterte noch einmal, dass die Domstraße zu schmal ist, so dass der Einbau des Regenwasserkanals die Schwierigkeiten mit den vorhandenen Versorgungsleitungen bringt. Es gibt DIN-Vorschriften zum Abstand der Leitungen, welche eingehalten werden müssen.

Stadtrat Tylsch machte noch einmal deutlich, dass es vor allem darum geht, klar zustellen, dass die Kostenentwicklung nicht richtig dargestellt ist.

Er stellte den **Antrag**, in der Beschlussbegründung unter Kommunale Maßnahmen – Straßenbaumaßnahme Domstraße den letzten Satz zu streichen.

Der Bürgermeister lies über den Antrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

dafür = 8 dagegen = 0 Enthaltung = 1

Damit ist der Antrag angenommen und der letzte Satz in der Beschlussbegründung „Gegebenenfalls kommt es später zu einer Erstattung durch die Versorgungsträger.“ wird gestrichen.

Stadtrat Krause wollte wissen, ob der Verkehrskreisel am Flieth immer noch in der Planung ist, wurde er nicht gestrichen?

Herr Sonntag antwortete, dass der Verkehrskreisel im ISEK enthalten ist.

Ohne weitere Anfragen, Wortmeldungen und Diskussionen wurde die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung einstimmig beschlossen.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	9	0	9	0	0

13. **Anfragen und Mitteilungen**

Da es keine Anfragen und Mitteilungen gab, beendete der Bürgermeister den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Coswig (Anhalt), den 27.09.2017

A. Clauß
Bürgermeister

Noeßke
Protokollantin